



Protokoll kantonaler Parteitag Sozialdemokratische Partei Kanton Solothurn vom 17. August 2022 im Landhaussaal in Solothurn, 19.15 – 21.45 Uhr.

Stimmberechtigte im Saal: 92
Absolutes Mehr: 47



Geschäftsliste

- 1. Eröffnung des Parteitages**
- 2. Rückblick Parteitag April**
- 3. Bestellung des Wahlbüros/Stimmzähler:innen**
- 4. Genehmigung der Geschäftsliste**
- 5. Genehmigung des Parteitagprotokolls vom 6. April 2022**
- 6. Wahl GL Vertreterin der SP Migrant:innen: Farah Rummy**
- 7. Wahl Delegierte Parteirat SP Schweiz**
- 8. Nationale Vorlagen für die Abstimmung vom September 2022 – Parolenfassung**
 1. Änderung vom 17. Dezember 2021 des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkt).
 2. Bundesbeschluss vom 17. Dezember 2021 über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und Änderung vom 17. Dezember 2021 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (AHV 21).
 3. Volksinitiative vom 17. September 2019 «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)».
- 9. Entscheid Listenanzahl Nationalratswahl 2023**
- 10. Varia**

1. Eröffnung des Parteitages

Nadine Vögeli hat das Wort: Ich begrüsse herzlich Stefan Nünlist, Präsident der FDP Kanton Solothurn. Er ist Kantonsrat und Mitglied der Justizkommission. Weiter begrüsse ich Raphael Karpf von CH Media und Ralph Heiniger vom Regionaljournal. Fotografien macht Michel Lüthi.

Ich bedanke mich für die diversen Rückmeldungen, die nach dem letzten Parteitag vom vergangenen April bei der Parteileitung eingetroffen sind. Diese Rückmeldungen wurden aufgenommen und bereits wurden diverse Änderungen umgesetzt. Neu wird die Leitung des Parteitages wieder vom Parteipräsidium übernommen. Weiter ist die Rückmeldung eingetroffen, dass sich externe Referent:innen bei der anschliessenden Diskussion nicht äussern dürften. Zu dieser Thematik sind auch gegenteilige Rückmeldungen eingetroffen. Dies wird situativ angeschaut. Grundsätzlich ist es so, dass die Diskussion von unseren Mitgliedern geführt werden soll. Ein weiteres Feedback war, dass man nationale Vorlagen am Parteitag nicht mehr diskutieren soll, da das Programm überladen gewesen sei. Auch hier gibt es unterschiedliche Meinungen. Es ist nicht ganz einfach. Auch heute haben wir nationale Themen. Es wäre heute sicher nicht gut gewesen, wenn wir die AHV-Vorlagen nicht diskutieren würden, welches ja ein Kernthema von uns ist. Die Platzverhältnisse beim Politmarkt waren etwas eng, dies wird bei einem nächsten Parteitag angeschaut. Das Präsidium hat allen Personen eine differenzierte Rückmeldung gegeben. Ich übergebe nun das Wort an Hardy Jäggi für die Eröffnungsrede.

Hardy Jäggi hat das Wort:

Liebe Genossinnen und Genossen, jeden Monat bekomme ich in der Gemeinde eine Statistik über die Stellensuchenden. Diese ist unterteilt nach Geschlecht, ob die Person Schweizer oder nicht Schweizer ist sowie nach dem Alter. Dabei zeigt sich immer das gleiche Bild. Nehmen wir den Juni als Beispiel. Da sind in unserer Gemeinde 38 Personen als stellensuchend gemeldet gewesen. 19 davon, also genau die Hälfte, sind älter als 55. Da soll mir jetzt mal jemand erklären, warum man das Rentenalter erhöhen soll, wenn Arbeitnehmende, die älter als 55 Jahre alt sind, auf dem Arbeitsmarkt nur noch sehr schlechte Karten haben. Bevor nicht die Chancen der Ü55 verbessert worden sind, bin ich gegen jegliche Erhöhung des Rentenalters. Damit würde zwar die AHV entlastet, aber dafür würden die Gemeinden über die Sozialhilfekosten zusätzlich belastet und den stellensuchenden Ü55 wäre überhaupt nicht geholfen. Es ist jetzt an der Zeit, die 2. Säule zu revidieren, so dass es für den Arbeitgeber finanziell egal ist, ob er jemanden einstellt, der 20, 40 oder 60 Jahre alt ist. Und wir müssen uns überlegen, ob und wie mit den Ü55 dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden kann. Könnten für die Altersgruppe gezielt spezielle Ausbildungsformen für Pflegeberufe, Gastronomie, Lehrer etc. geschaffen werden?

Wenn ich etwas weiter in Richtung Winter schaue, befällt mich eine gewisse Verunsicherung. Wird es tatsächlich zu Strommangellagen oder zu Gasknappheit kommen? Oder wird gar beides eintreten? Oder wird alles halb so schlimm? Egal wie es herauskommt, klar ist, dass jetzt endlich die erneuerbaren Energien in der Schweiz massiv ausgebaut werden müssen. Eine Studie der Universität Stanford zeigt, dass die Energiewende mit heutiger Technologie möglich wäre - auch in der Schweiz. Die Schweiz könnte ab 2050 jedes Jahr 52 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Die Energiekosten würden um 60% sinken. Die Investitionen wären innerhalb von wenigen Jahren amortisiert. Das grösste Potenzial sehen die Autoren der Studie bei der Windkraft. Aber auch der Ausbau von PV-Anlagen müsste vorangetrieben werden.

Im Sommer haben wir einen Volksauftrag im Kantonsrat beraten, welcher eine Pflicht für PV-Anlagen bei Neubauten und Dachsanierungen gefordert hat. Allerdings hätte vorher das Kosten-/Nutzenverhältnis über die ganze Lebensdauer berechnet werden müssen, um festzustellen, ob eine PV-Pflicht vorliegt oder nicht. Zudem hat der Volksauftrag eine Übergangsfrist von 10 Jahren vorgesehen. Aus diesen Gründen hat die Fraktion SP/junge SP den Volksauftrag grossmehrheitlich abgelehnt. Wir haben nicht mehr 10 Jahre Zeit, liebe Genossinnen und Genossen, um den Anteil der Erneuerbaren massiv zu steigern und unsere Abhängigkeit vom Ausland zu verringern. Eigentlich sind wir schon zu spät dran. Das zeigen die Ängste vor dem nächsten Winter deutlich. Jetzt müssen wir endlich unsere künftige Energieerzeugung sicherstellen. Und zwar ohne CO₂-Emissionen und ohne strahlenden Abfall.

Aber auch wir müssen uns ernsthafte Gedanken machen. Wir können nicht den Fünfer und das Weggli haben. Das heisst, wir können nicht den Ausbau von Wind-, Solar- und Wasserkraft fordern, gleichzeitig aber konkrete Projekte mit Einsparungen um Jahre verzögern oder ganz verhindern. Man kann sich nicht waschen ohne nass zu werden und wir können nicht erneuerbaren Strom erzeugen ohne Windräder zu sehen, PV-Anlagen zu bauen und Stau- und Staumauern zu erhöhen. Auf den Kanton Solothurn bezogen hoffe ich sehr, dass das Energiegesetz, welches in den nächsten Monaten in den Kantonsrat kommen sollte, nicht zahnlos daherkommt, weil Hauseigentümerverband und andere Interessenvertreter zu viel Einfluss auf die zuständige Regierungsrätin genommen haben. Wir können gespannt sein.

Es gäbe noch weitere Beispiele neben AHV und Energie, die zeigen, dass die links-grüne Politik in Bern unbedingt gestärkt werden muss. Ein Thema wäre zum Beispiel die Kaufkraft, die wir für die unteren Einkommen und für den Mittelstand dringend stärken müssen. Darum ist es das Ziel der Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn, nächstes Jahr bei den Nationalratswahlen zwei Sitze zu gewinnen. Mit drei links-grünen Sitzen im Nationalrat kann der Kanton Solothurn mehr Einfluss darauf nehmen, dass die wichtigen Probleme endlich angegangen und gelöst werden. Wir werden heute Abend noch darüber diskutieren und befinden, ob wir das Ziel mit einer oder zwei Listen erreichen wollen. So oder so wird ganz wichtig sein, dass wir alles unser Möglichstes tun, damit die SP bei den Wahlen 2023 Wähleranteile dazu gewinnen wird. Heute prophezeien Politologen weitere Verluste für die SP. Ich bin aber überzeugt, dass wir das verhindern können, wenn wir den Leuten aufzeigen, was unsere Ziele sind. Alle haben nach über 40 Jahren arbeiten das Recht den Ruhestand zu geniessen - und zwar ohne Existenzängste. Alle wollen möglichst günstige und nachhaltige Energie. Und niemand will wirklich von Ländern wie Russland abhängig sein. Niemand will, dass mit dem Einkommen immer weniger gekauft werden kann und dass Krankenkassenprämien weiter ungebremst steigen. Wenn wir das den Menschen auf einfache Art vermitteln, dann können wir zu alter Stärke zurückkehren. Ich freue mich darauf, mit Euch zusammen in den nächsten 14 Monaten auf dieses Ziel hin zu arbeiten.



2. Rückblick Parteitag April

Dies wurde bereits in Traktandum 1 von Nadine Vögeli mitgeteilt.

3. Bestellung des Wahlbüros/Stimmenzähler:innen

Die Geschäftsleitung beantragt dem Parteitag folgende Personen als Stimmenzähler:innen zu wählen:

- Daniel Steiger, SP Thal-Gäu
- Ruedi Gugger, SP Olten-Gösgen
- Özlem Kellenberger-Yüksel, SP Bezirk Wasseramt
- Mathias Stricker, SP Solothurn-Lebern

Zu diesem Antrag gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss

Die obenstehenden Personen werden einstimmig als Stimmenzähler:innen gewählt.

4. Genehmigung der Geschäftsliste

Nadine Vögeli stellt die Geschäftsliste zur Diskussion. Zu diesem Antrag gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss zur Genehmigung der Geschäftsliste

Die Geschäftsliste für den Parteitag vom 17. August 2022 wird einstimmig genehmigt.

5. Genehmigung Parteitags-Protokoll vom 6. April 2022

Nadine Vögeli stellt das Protokoll des Parteitags vom 6. April 2022 zur Diskussion. Es ist aufgelegt und auch auf der Homepage abrufbar. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Das Protokoll des Parteitags vom 6. April 2022 wird einstimmig mit einer Enthaltung genehmigt.

6. Wahl GL Vertreterin der SP Migrant:innen: Farah Romy

Nadine Vögeli informiert, dass mit den am 6. April 2022 in Oensingen angenommenen neuen Statuten auch die SP Migrant:innen neu Einsitz in die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn haben. Die Vertretung der SP Migrant:innen soll Farah Romy sein. Aufgrund Abwesenheit von Farah Romy stellt Nadine Vögeli diese kurz vor. Es gibt keine Wortmeldungen zu diesem Traktandum.

Beschluss:

Farah Romy wird einstimmig mit einer Enthaltung als Vertreterin der SP Migrant:innen in die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn gewählt.

7. Wahl Delegierte Parteirat SP Schweiz

Die Geschäftsleitung schlägt vor Nadine Vögeli und Hardy Jäggi als Delegierte der SP Kanton Solothurn in den Parteirat der SP Schweiz zu wählen. Der Parteirat ersetzt die Delegiertenversammlung der SP Schweiz und ist das höchste Gremium zwischen den Parteitag. Die Beschlüsse des Parteirats sind verbindlich für die Kantonalsektionen. Er ist zusammengesetzt aus allen Gremien der Partei. Ebenfalls muss das oberste Gremium der Kantonalparteien darin vertreten sein. Von Seiten der SP Kanton Solothurn wird jeweils jemand des Co-Präsidiums an den Sitzungen des Parteirats teilnehmen. Es gibt keine Wortmeldungen zu diesem Traktandum.

Beschluss:

Der Parteitag beschliesst einstimmig mit einer Enthaltung Nadine Vögeli und Hardy Jäggi als Delegierte in den Parteirat der SP Schweiz zu wählen.

8. Nationale Vorlagen für die Abstimmung vom September 2022 – Parolenfassung

1. Änderung vom 17. Dezember 2021 des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkt).

Als Redner zur Vorlage begrüsst Nadine Vögeli Kantonsrat Simon Bürki.

Simon Bürki:

Liebe Steuerinteressierte, ich schaue gerne zurück auf die SP-Erfolge bei den vergangenen Steuerabstimmungen. Nein haben wir gesagt zur Unternehmenssteuerreform, Kinderabzugsbeschluss, Stempelsteuer und nun kommt das letzte Puzzleteil, die Verrechnungssteuer. Ihr kennt vermutlich das System der Verrechnungssteuer an eurem eigenen Bankkonto. Zuerst wird einem 35% vom Zins auf dem Konto verrechnet und abgezogen und wenn man die Angaben in der Steuerrechnung deklariert, erhält man diese wieder zurück. Der Zweck der Verrechnungssteuer ist, dass alles deklariert ist und somit die Steuerhinterziehung eingedämmt werden soll. Bei dieser Vorlage geht es darum, dass bei inländischen Obligationen die Verrechnungssteuer nicht mehr gelten soll und dies ohne Kompensation des Sicherungszwecks. Profitieren davon werden nur wenige, vor allem Grossfirmen. Diese Vorlage wird der Steuerhinterziehung Tür und Tor öffnen und dies können wir nicht akzeptieren. Die Steuerausfälle werden kleingerechnet auf 200 Millionen Franken mit dem heutigen Zinssatz. Wenn sich diese erhöhen, werden auch die Steuerausfälle rasant höher. Man geht aus von 600-800 Millionen Franken. Diese Berechnungen stammen von der eidgenössischen Steuerverwaltung. Dieses Geld könnte man für sinnvolles und volkswirtschaftlich nutzbringendes einsetzen. Die SP sagt Nein zu dieser Abschaffung. Man muss davon ausgehen, dass auch unser Kanton von diesen Steuerausfällen betroffen sein wird und natürlich wird wohl die Bevölkerung dies wieder bezahlen müssen. Die kantonale Geschäftsleitung empfiehlt euch ganz nach dem Motto von Bundesrat Ueli Maurer «Nein, habe keine Lust». Ich habe geschlossen.

Wortmeldungen:

Peter Tschanz, SP Trimbach: Was hat die FDP für eine Parole herausgegeben. Stefan Nünlist informiert, dass sie einstimmig die Ja-Parole gefällt haben.

Nadine Vögeli informiert, dass die Geschäftsleitung dem Parteitag die Nein-Parole empfiehlt.

Beschluss:

Der Parteitag beschliesst einstimmig die Nein-Parole.

2. Bundesbeschluss vom 17. Dezember 2021 über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und Änderung vom 17. Dezember 2021 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (AHV 21).

Nadine Vögeli begrüsst Stefan Nünlist, Parteipräsident FDP Kanton Solothurn.

Stefan Nünlist:

Geschätztes Präsidium, sehr verehrte kantonal und nationale Würdenträgerinnen und Würdenträger, liebe Solothurner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Genossinnen und Genossen getraue ich mir nicht zu sagen als Freisinniger, obwohl es eine sehr schöne Anrede ist. Ich freue mich sehr, dass ich das erste Mal seit ich vor 5 Jahren zum Parteipräsidenten gewählt wurde, nun bei einer anderen Partei auftreten darf. Ich habe heute die grosse Freude für ein doppeltes Jahr zu den beiden AHV-Vorlagen zu plädieren. Ich bin für ein Ja, weil ich für eine gesunde AHV bin, und ich bin für ein Ja, weil ich für Solidarität bin zwischen Frauen und Männern, zwischen gut und weniger gut Verdienenden und zwischen den Alten und den Jungen. Die AHV ist eines unserer ganz grossen Sozialwerke in diesem Land. 1925 wurde sie in einer Volksabstimmung beschlossen. Definitiv eingeführt wurde sie in der Volksabstimmung 1947 mit einer Zustimmung von 80%. Später wurde die AHV substanziell ausgebaut. Man hat bis jetzt 10 AHV-Revisionen durchgeführt. Die Letzte davon unter der Bundesrätin Ruth Dreyfus 1995. Die AHV ist ein Werk, das sich immer verändert hat. Seit 1995 hat es vier weitere AHV-Reformen gegeben. Alle sind gescheitert. Jetzt stimmen wir wieder über eine AHV-Reform ab. Wiese braucht es diese? Das eine ist die höhere Lebenserwartung von uns allen. Wir alle beziehen heute viel länger eine Rente als früher. Der zweite Grund ist, dass in der nächsten Zeit sehr viele Personen in Rente gehen werden. Unsere Bevölkerung wird immer älter und das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentnern verschiebt sich. Dies führt zu einer wirtschaftlichen Schräglage der AHV. Im Jahr 2032 werden mehr als 4.7 Milliarden Franken an Renten mehr ausbezahlt als Geld in die AHV einbezahlt wird. Heute ist der AHV-Fonds mit 106% alimentiert. Wir müssen jetzt handeln. Der Bundesrat schreibt, dass die Altersvorsorge an die demografische und wirtschaftliche Entwicklung angepasst werden soll. Ohne diese Massnahmen wird das System destabilisiert. Um eine solche Situation zu vermeiden, muss die AHV reformiert werden. Das Ziel der Reform besteht darin, die Finanzierung der AHV für die nächsten 10 Jahre zu sichern und das Niveau der Rentenleistungen zu halten. Zwei Vorlagen kommen zur Abstimmung, das eine ist die Zusatzfinanzierung mit einer Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um 0.4%. Alle Konsumierenden tragen hierzu bei. Hier braucht es die Mehrheit von Volk und Ständen. Die zweite Vorlage ist die Reform des AHV-Gesetzes mit der schrittweisen Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 Jahren mit entsprechenden Ausgleichsmassnahmen. Dazu kommt die Flexibilisierung des Rentenbezugs mit einem möglichen Vorbezug oder der Möglichkeit zum Aufschub mit entsprechenden finanziellen Konsequenzen. Auch sind Teilrenten möglich, während dem man noch arbeiten kann. Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern haben nichts mit der AHV zu tun. Die AHV ist ein Sozialwerk, welches auf Gleichheit und Solidarität baut. Es sind die Besserverdienenden sowie die Männer und die Jungen, die heute überproportional in die AHV einzahlen. Frauen bezahlen 34% der Beiträge in die AHV, auf der anderen Seite beziehen die Frauen 55% der Leistungen. Auch bei der Durchschnittsrente gibt es keine Unterschiede. Wir stimmen nur über die AHV ab und nicht über alle anderen Gleichstellungsthemen. Wir sind verantwortlich, alle Sozialdemokraten und alle Freisinnigen, dass es der AHV gut geht. Das ist unsere Verantwortung gegenüber dem Staat, den Rentnerinnen und Rentnern sowie den Jungen. Danke für die Aufmerksamkeit.



Als Contra-Rednerin zur Vorlage begrüsst Nadine Vögeli Nationalrätin Franziska Roth.

Franziska Roth:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, lieber Stefan, es tut mir leid, ich muss dir widersprechen. Gleichstellung erreichen wir nicht mit dieser Vorlage und wir haben sie auch noch nicht. In der Bundesverfassung steht, dass die AHV-Rente existenzsichernd sein muss. Mit 1800 Franken ist das nicht der Fall. Deshalb dürfen wir bei keiner AHV-Revision eine Verschlechterung für die Frauen zulassen. Es ist klar, dass Frauen weniger einzahlen in die AHV, denn Männer verdienen auch wesentlich besser. Frauen sind viel öfter in Berufen tätig, die ein weniger grosses Ansehen haben und auch weniger Lohn. Die AHV steht überhaupt nicht schlecht auf den Beinen. In den letzten 20 Jahren wurde die AHV immer wieder schlechtgeredet, weil es weniger Junge gibt als alte Personen, die eine Rente beziehen. Wir produzieren in der Schweiz immer wie mehr, wir haben höhere Löhne und es hat eine massive Eingliederung der Frauen in den Arbeitsmarkt gegeben. Dies hat dazu geführt, dass wir die Anzahl der neu Pensionierten kompensieren können. Die AHV schreibt Überschüsse. So hat die AHV im Jahr 2020 mit einem Überschuss von zwei Milliarden abgeschlossen. Die Einnahmen der AHV erhöhen sich jährlich, weil wir in der Schweiz produktiver werden und höhere Löhne haben. Bitte hört auf die AHV schlecht zu reden. Dass wir etwas machen müssen, ist richtig. Mit der geplanten Übergangrente für neun Jahrgänge erhalten Personen zwischen 12 und 160 Franken. Nur zwei Jahrgänge erhalten je nach Einzahlungen den vollen Betrag. Das ist einfach mickrig. Man hat die AHV-Vorlage entkoppelt von der aktuell noch im Parlament liegenden Pensionskassenvorlage. Man hat uns versprochen, dass mit dieser auch noch Verbesserungen für die Frauen kämen. Ich glaube noch nicht daran. Es wird nun versprochen, dass man sich flexibel pensionieren lassen kann. Wer kann sich schon frühzeitig pensionieren lassen? Die Branchen mit den tiefen Löhnen, in denen überwiegend Frauen arbeiten, die können dies nicht. Diese müssen solange arbeiten, bis sie offiziell pensioniert sind oder noch darüber hinaus. Frauen arbeiten für 200 Milliarden Franken unbezahlte Care-Arbeit. Es geht nicht auf, dass diese Vorlage ein solidarischer Akt sei. 11% der Frauen, die in das Rentenalter kommen, benötigen Ergänzungsleistungen. Auch nach der Pensionierung leisten Frauen wesentlich mehr Betreuungsarbeit als Männer. Sie krampfen vor der Rente, sie krampfen nach der Rente. Ich will nicht Mann gegen Frau ausspielen. Bei dieser Vorlage

verspricht man uns jedoch etwas, das man nicht halten kann. Es geht jetzt darum, dass wir den Frauen in Branchen mit tiefem Einkommen den Rücken stärken. Eine bessere Vorlage ist möglich. Wir alle müssen klar 2x Nein stimmen.



Wortmeldungen:

Daniela Gysling, SP Gretzenbach: Sie fragt betreffend der 26'000 Franken, die die Frauen weniger erhalten. Wie setzt sich dieser Betrag zusammen? Franziska Roth: Dies ist der Durchschnitt, welche eine Frau weniger Rente hat aufgrund der 7 Milliarden Einsparungen durch die AHV-Revision.

Evelyn Gmurczyk, SP Stadt Solothurn: Ich habe eine Frage an Herr Nünlist. Könnt ihr mir aufzeigen, was die letzte AHV-Revision für ihre Frau gebracht hat? Stefan Nünlist: Das war die Erhöhung von 62 auf 64 Jahre. Es waren auch mehrere Verbesserungen dort integriert. Evelyn Gmurczyk, es ist auch um das Splitting gegangen und um die Betreuungsgutschriften, die Mann und Frau erhalten. Dies kommt zur Geltung, wenn ihr pensioniert werdet. Wer kann mir sagen, was dies für ein Betrag ist, welchen man als Betreuungsgutschriften erhält? Ich weiss bis jetzt nicht, wo das einschenkt.



Tosca Martinez, JUSO: Wie lange reicht das Geld in der AHV, wenn wir das Rentenalter jetzt erhöhen, und was machen wir nachher? Stefan Nünlist: Gemäss bundesrätlicher Vorlage soll diese Vorlage die AHV für die nächsten 10 Jahre sanieren. Was weiter dann geht, weiss ich nicht. Ich nehme an, es wird dann irgendwann eine 12. AHV-Revision geben. Franziska Roth: Es ist bereits ein Auftrag im Parlament eingereicht worden für eine nächste Reform mit dem AHV-Alter 67. Auch die Jungfreisinnigen sind an einer solchen Initiative dran. Man will dann einfach das Rentenalter Schritt für Schritt erhöhen.

Pierric Gärtner, SP Stadt Solothurn: Im Rahmen der nächsten Reformen frage ich mich, wie der Stand bei der zweiten Säule aussieht, wie dort die Differenz zwischen Frau und Mann ist? Stefan Nünlist: Die Pensionskasse wird anders finanziert als die AHV. Diese hängt viel direkter vom eigenen Lohn ab. Franziska Roth: Ich hätte lieber eine starke AHV und dass die Verteilung darüber läuft. Viele Frauen müssen teilzeit arbeiten und kommen somit nicht in die Pensionskasse oder können nur wenig ansparen. Wir müssen für eine starke AHV plädieren.

Noam Schaulin, JUSO/SP Hochwald: Wie kommt Herr Nünlist auf die Aussage, dass die fehlende Gleichberechtigung im Arbeitsbereich und im Care-Bereich nichts mit der AHV zu tun habe? Stefan Nünlist: Die AHV ist ein ausgleichendes Sozialwerk. Die Frauen bezahlen ca. 35% der Beiträge in die AHV und beziehen ca. 55% der Leistungen. Jemand der viel verdient bezahlt prozentual vom Einkommen einen Betrag und erhält keine grössere Rente. Dies ist das ausgleichende Element der AHV. Die AHV ist das falsche Objekt für eine solche Diskussion.

Urs Huber, SP Obergösgen: Ich schaue die Thematik von hinten an. Was erhalten die Leute und geht das für die Leute auf, wenn sie ins Rentenalter kommen. Es geht mir um diese Leute, bei denen die AHV das Wichtigste ist, um im Rentenalter zu leben. Vor allem Frauen sind die Benachteiligten, da sie enorm schlechte Pensionskassenleistungen haben. Man kann die erste und die zweite Säule trennen, wenn man das will, aber für diese Personen für die ich mich als Sozialdemokrat einsetze, ist dies relevant, was sie erhalten und gerade bei diesen Personen sollte man das AHV-Alter eben nicht erhöhen.

Peter Tschanz, SP Trimbach: Wenn man das Rentenalter alle paar Jahre erhöht, kann sich jeder Turnlehrer in der Schweiz ein neues Motto schreiben: «Turne in die Urne».

Schlusswort Stefan Nünlist:

Ich verstehe die sozialen Bedenken, möchte aber auch in Erinnerung rufen, dass wir immer wie älter werden. Ich möchte euch bitten, schaut nur auf diese Vorlage. Ich bitte euch 2x Ja zu sagen zu dieser ausgeglichenen und besonnenen Vorlage.

Schlusswort Franziska Roth:

Es geht der AHV aufgrund unserer Produktivität gut. Wir haben eine Initiative lanciert, die die AHV bei einer allfälligen finanziellen Schieflage unterstützen würde. Diese Vorlage wird nur auf dem Buckel der Frauen finanziert. Frauen, die nach wie vor schlechter bezahlt sind und viel mehr Care-Arbeit leisten. Deshalb 2x Nein!

Die Geschäftsleitung beantragt dem Parteitag 2x die Nein-Parole zu beschliessen.

Beschluss über das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung:

Der Parteitag beschliesst mit 86 Stimmen zu 2 Stimmen und 4 Enthaltungen die Nein-Parole.

Beschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV:

Der Parteitag beschliesst mit 85 Stimmen zu 2 Stimmen und 5 Enthaltungen die Nein-Parole.

3. Volksinitiative vom 17. September 2019 «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»

Als Rednerin zur Vorlage begrüsst Nadine Vögeli Angela Petiti, SP-Gemeinderätin der Stadt Solothurn

Angela Petiti:

Ich bin Angela Petiti, Gemeinderätin aus Solothurn und Mitglied der Regionalgruppe Solothurn und Umgebung, die sich für die Massentierhaltungsinitiative engagiert. Zuerst möchte ich die aktuelle Situation aufzeigen. Es geht hier um die industriellen Massentierbetriebe. In der industriellen Tierproduktion werden Tiere als Ware betrachtet, als Ware, die immer wieder optimiert werden muss. Masthühner werden innerhalb von 30 Tagen so hinaufgefüttert, dass sie sich am Schluss kaum mehr bewegen können. Neuste Studien zeigen, dass über 95% der Legehennen gebrochene Brustbeine aufweisen, dies aufgrund von Kalziummangel. Heute dürfen in einem Betrieb bis zu 27'000 Hühner gehalten werden. Ca. 4% der Hühner sterben bereits im Stall. Nicht viel besser sieht es bei den Sauen aus. Bis zu 1500 Tiere dürfen pro Betrieb gehalten werden. Sauen haben auch keinen Anspruch auf Einstreu. Noch am besten dran sind die Kühe. Bis zu 300 Rinder dürfen pro Stall gehalten werden, jedoch nur jedes zweite Rind hat Zugang zum Freien. Dies die traurigen Fakten und obwohl immer gesagt wird, wir seien das Land mit den strengsten Tierschutzbestimmungen.



Grundsätzlich geht es bei der Initiative darum, dass das Ende der industriellen Massentierhaltung verlangt wird. Wir wollen eine zukunftsfähige Landwirtschaft. In der Massentierhaltung werden die artgerechten Grundbedürfnisse der Tiere nicht erfüllt. Wir wollen hohe allgemein verbindliche Tierschutzstandards. Das ist mehr Platz pro Tier, aber auch Einstreu muss obligatorisch sein. Dazu gehören auch eine artgerechte Fütterung sowie ein täglicher Zugang ins Freie. Zusätzlich fordern wir eine schonende Schlachtung mit kurzen Transportwegen. Zusätzlich werden neue Importvorschriften verlangt. Diese wären für unsere Bäuerinnen und Bauern ein grosser Vorteil, da die Initiative sagt, dass keine Billigprodukte, die nicht unseren Standards entsprechen, importiert werden dürften.

Es gibt immer wieder Studien darüber, dass die Antibiotikaresistenz bei Tieren zunimmt und immer wie mehr Antibiotika benutzt werden muss. Auch führt der übermässige Konsum von Tierprodukten zu Herz-Kreislaufkrankungen und zu Diabetes. Betroffen wären 5% der Betriebe in der Schweiz, eine kleine Anzahl von Betrieben aber eine grosse Anzahl von Tieren. Solche Mastbetriebe gehören eigentlich in die Industriezone. Die Schweiz soll endlich dem auferlegten Bild, dass wir von uns haben, von grasenden Kühen, pickenden Hühnern und umherspringenden Sauen gerecht werden.

Als SP sollen wir Ja sagen, da wir uns für Individuen einsetzen, die kein würdevolles Leben haben und unsere Hilfe benötigen. Wir wollen eine solidarischere Landwirtschaft und lokal bessere Rahmenbedingungen für Bäuerinnen und Bauern, Wir wollen kleinere Betriebe fördern und die Arbeitsbedingungen bspw. in Schlachthöfen sollen sich verbessern. Ich bitte euch die Initiative mit einem Ja zu unterstützen.

Wortmeldungen:

Daniela Gysling, SP Gretzenbach: Lidl macht Labels beim Fleisch von A-D. Als Konsument habe ich die Wahlmöglichkeit. Personen, die das Budget nicht haben, können sich «gutes» Fleisch nicht leisten. Was sagt ihr diesen? Angela Petiti: Man kann sich Bio leisten und bezahlt damit ein Label. Für mich gilt das Argument mit «zu wenig Geld» bei Nahrungsmitteln heute nicht mehr. Ein Nahrungsmittel muss seinen Wert behalten. Heute benötigen wir im Verhältnis viel mehr Geld für andere Sachen, als dies früher der Fall war. Nahrungsmittel für Billigpreise zu produzieren und dadurch so grosses Leid bei den Tieren entstehen zu lassen ist für mich nicht gerechtfertigt. Aufgrund dieser Initiative wird niemand verhungern. Zwischen 5-20% werden gewisse Produkte teurer werden bei Annahme der Initiative.

Die Geschäftsleitung beantragt dem Parteitag die Ja-Parole.

Beschluss:

Der Parteitag beschliesst mit 88 Stimmen zu 1 Stimmen und 3 Enthaltungen die Ja-Parole.

9. Entscheid Listenanzahl Nationalratswahl 2023

Co-Parteipräsident Hardy Jäggi informiert zu diesem Traktandum.

Hardy Jäggi:

Wieso sind wir zu diesem Antrag gekommen bei den nächsten Wahlen mit nur einer Liste anzutreten. Wir haben festgestellt, dass bei der SP das Verhältnis von den veränderten zu den unveränderten Listen höher ist als bspw. bei den Grünen oder der SVP. Das heisst unsere Wählerschaft streicht auf unseren Listen die Personen, die sie nicht kennen und ersetzt diese mit einer Person einer anderen Partei. Was wir wollen ist, dass unsere Wählerinnen und Wähler die SP Liste nehmen und diese unverändert einlegen. Wenn dort sechs bekannte Personen drauf sind, ist diese Chance wesentlich höher. Dann haben wir auch die Resultate unserer Kandidatinnen und Kandidaten angeschaut hinsichtlich ihrer Stimmenanzahl von anderen Parteien. Vier Personen haben sehr viele Stimmen bei anderen Parteien geholt. Dahinter war das sehr schlecht. Eigentlich müssen wir mit einer Liste antreten. Wir haben dadurch bessere Chancen mehr Stimmen zu holen. Wir hatten auch Rückmeldungen von Kandidierenden von vor drei Jahren, dass die zwei Listen sich eher konkurrenzieren als ergänzen und von den 12 kandidierenden Personen hätte sich nur die Hälfte richtig engagiert. Aus diesen Gründen möchte wir bei den nächsten Wahlen 2023 mit einer Hauptliste antreten.

Die Geschäftsleitung beantragt dem Parteitag mit einer Liste resp. 6 Kandidierenden zu den Nationalratswahlen 2023 anzutreten.

Wortmeldungen:

Urs Huber, SP Obergösgen: Ich entschuldige mich als erstes dafür, dass ich trotz meiner Mitgliedschaft in der Geschäftsleitung hier einen Antrag stelle. Ich stelle einen Antrag gegen den Vorschlag der Geschäftsleitung und beantrage mit mindestens zwei Listen in die Nationalratswahlen 2023 zu steigen. Es geht hier nicht um mich, sondern es geht mir um die Partei. Die Argumente in der Geschäftsleitung sind bei mir so angekommen, wie in der Wirtschaft, wenn jemand sagt, man müsse jetzt gesundschrumpfen. In Firmen mag das mal gehen. Für eine Partei ist «gesundschrumpfen» nicht der Weg zum Erfolg. Letztes Mal als wir nur mit einer Liste angetreten sind, hatte der Kanton Solothurn noch sieben Sitze. Aber versucht mal den Kanton mit sechs Personen abzubilden. Wir haben zurzeit einen Umbruch und müssen neue Leute bringen, um diese aufzubauen. Wir schicken diese neuen Leute in die Arena und dies ist dringend nötig. Wenn wir alle unsere Regionen abbilden wollen, dann die verschiedenen Interessen im Bereich Arbeitnehmervvertretungen oder Umwelt, wird es schwierig. Im Kanton Solothurn existiert durch die Medien ein SP-Medienbashing. Das führt bei mir in Wahlkämpfen teilweise dazu, dass mich Leute mit den Worten vorstellen, dass dies der Urs Huber sei, aber er ist nicht so ein richtiger SP'ler. Dies zeigt, dass viele Leute ein falsches Bild von uns haben. Dies kann man nur mit Köpfen, die man kennt, bekämpfen. Die letzte Frage, die sich mir stellt, ist, warum alle anderen Parteien es anders machen und wir nun mit dieser «Einer-Liste» das gelbe vom Ei gefunden haben sollen. Ich habe den Eindruck, wir machen es uns zu einfach und das können wir uns nicht leisten und darum bin ich für zwei Listen.



Hardy Jäggi: Die Geschäftsleitung ist der Meinung Qualität vor Quantität und was die anderen Parteien machen sollen sie machen. Wir haben es versucht und wir haben einen Sitz verloren. Unserer Meinung nach ist die Chance diesen Sitz zurückzuholen mit einer Liste grösser.

Daniel Steiger, SP Oensingen: Alle anderen Parteien machen doch in der Regel so viele Listen wie möglich «West-Ost», «Jung-Alt», «Frauen-Männer». Dies geht für mich nicht auf.

Hardy Jäggi: Wir haben bei den letzten Wahlen auch zwei Listen gemacht und noch 60+. Das Resultat kennen wir alle. Wir sind der Meinung es wäre jetzt sinnvoll etwas anderes zu machen als alle ändern.

Nadine Vögeli: Eine Hauptliste bedeutet nicht, dass wir als SP nur mit einer Liste antreten. Weiterhin können Liste 60+ oder eine Liste Migrant:innen gemacht werden. Ich habe letztes Mal kandidiert und unterstütze die Aussagen von Hardy Jäggi. Deshalb möchten wir nur eine Liste machen. Somit können wir unsere bekannten Personen auf diese Liste setzen.

Karin Kälin, SP Rodersdorf: Unser grosses Anliegen ist es den Wähleranteil zu erhöhen. Eine Massnahme hierfür ist, dass wir sehr viel telefonieren. Mir haben viele Personen gesagt, dass die Wähler:innen nicht mehr wissen, was sie mit dem Haufen Wahlunterlagen anfangen sollen. Für viele Personen ist das Wahlprozedere sehr kompliziert. Mit einer klaren Hauptliste würde dies für unsere Wähler einfacher. Deshalb plädiere ich auch für eine starke Liste der SP.

John Steggerda, SP Trimbach: Ich glaube auch, die Konzentration auf wenige, bekannte Personen macht mehr Sinn. Was mich irritiert ist die Idee, dass es dann noch weitere Listen bspw. 60+ sowie Listen der Jungen geben soll. Man sollte grundsätzlich mit einer Liste antreten.

Peter Moor, SP Olten: Mich irritiert, dass wir von dieser einzigen Liste so wenig wissen. Wenn ich mir Gedanken mache, wer auf dieser Liste sein könnte, dann fehlt mir eine komplette Altersgruppe zwischen der Jungen Liste und der Hauptliste. Ich frage mich, wie wir diejenigen ansprechen wollen, die in dieser Alterskategorie Wähler sind. Auch ist mir nicht klar, wie die regionale Verteilung der Kandidaten sein soll. Wir machen einen gravierenden Fehler, wenn wir uns nur auf eine 6er Liste konzentrieren, auch weil wir genügend Personen haben, die fähig sind, um zu kandidieren und in den darauffolgenden Jahren auch wieder Personen benötigen, die kandidieren. Ich denke mit zwei Listen fahren wir besser.

Hardy Jäggi: Selbstverständlich ist im Personalausschuss eine Liste vorhanden mit möglichen Kandidatinnen und Kandidaten. Selbstverständlich umfasst diese Liste auch mehr als sechs Personen, da wir nicht wissen, was heute Abend hier entschieden wird.

Gökhan Karabas, Wangen bei Olten: Mir fehlt noch eine Antwort auf die Frage, wie es mit Personen zwischen der Liste der Jungen und der älteren Liste aussieht?

Hardy Jäggi: Ich weiss nicht, welche Altersgruppen fehlt. Unsere Liste ist gemischt vom Alter, Geschlecht und Regionen.

Philipp Jenni, SP Stadt Solothurn: Zuerst überzeugte mich der Vorschlag mit der vorgeschlagenen Reduktion auf das Wesentliche. Ich bin nicht der Fan von einer Unmenge an Listen. Die Frage, wer auf diese Liste geht ist wesentlich. Ich bin noch Präsident der Amtei Solothurn-Lebern und ich sehe mindestens schon drei Personen, die ich gerne auf dieser Liste hätte. Deshalb finde ich diesen Vorschlag etwas schwierig.

Beschluss:

Antrag GL: 27 Stimmen

Antrag Urs Huber: 44 Stimmen

Enthaltungen: 8 Stimmen

Der Parteitag hat den Antrag von Urs Huber für mind. 2 Listen angenommen.

Wortmeldung: Daniel Thommen, SP Starrkirch-Wil: Was jetzt noch nicht klar ist, ist, was das nun für zwei Listen sind. Was schlecht ist, wäre das, was wir letztes Mal gehabt haben mit

diesen regionalen Listen. Wenn man zwei Listen machen möchte, braucht es eine andere Einteilung. Sie dies Listen mit unterschiedlichen Alterskategorien oder Stadt-Land.

Hardy Jäggi: An unserer nächsten Personalaussschusssitzung kommende Woche werden wir nun genau diese Thematik besprechen und an einem der nächsten Parteitage werden wir euch unseren Vorschlag für diese Thematik präsentieren.

10.Varia

Andri Meyer, JUSO und SP Aeschi: Heute ist auf nationaler Ebene eine Volksinitiative mit dem Titel «Initiative für eine Zukunft» lanciert worden. Sie verlangt auf Schenkungen und Erbschaften eine 50% Steuer mit einem einmaligen Freibetrag von 50 Millionen Franken. Die Einnahmen sollen für eine sozialverträgliche Bekämpfung der Klimakrise eingesetzt werden. Ich bitte euch die Unterschriftenbogen anschliessend hier bei uns auszufüllen.

Stefan Hug, SP Biberist: Ich war schon länger nicht mehr an einem Parteitag aber da wir nun als Gemeindepräsidenten ein Direktmandat erhalten, bin ich heute wieder hier und ich habe sehr grosse Freude. Wenn ich hier in den Saal schaue, gehöre ich bereits zu den alten grauen Männern. Aber wenn ich hier in den Saal schaue, sehe ich ganz viele junge Menschen. Das finde ich super. Das macht mich zuversichtlich für unsere Partei. Wir haben als Partei eine Zukunft!

Nadine Vögeli: Ich bedanke mich für alle Feedback zu diesem Parteitag und bedanke mich bei allen Helferinnen und Helfern, die an diesem Parteitag mitgewirkt haben. Es freut mich sehr, dass so viele Delegierte und Gäste den Weg an diesen Parteitag auf sich genommen haben. Der Parteitag ist geschlossen.

Für das Protokoll:

Fabian Müller, 17. August 2022